

Berliner Tageblatt



und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur: E. Heber Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Masse in Berlin.

Wie und wen gilt es morgen zu wählen?

Bier Gebote.

Keiner, ob Mann oder Frau, darf sich morgen der Pflicht entziehen. Wer nicht wählt, stimmt indirekt die Reaktion von rechts oder links, für die Parteien des Entkampfes, und damit für den Bürgerkrieg.

Die Wahlhandlung dauert morgen vormittags 9 bis 11 Uhr. Du erweist das Wahlgeld, wenn du bereits in den ersten Wahlgang bist. Wähle am besten in der Zeit von 8 bis 11 Uhr vormittags. Nimm

die auf alle Fälle irgend ein Legitimationpapier mit. Vergewissere dich vorher genau, wo dein Wahllokal ist. Auf der Plakatsäule findest du die orientierenden Anschläge.

3. Wirst du die Einheit Deutschlands gewahrt wissen, wirst du neuen Bürgerkrieg, neuen Erschütterungen des Wirtschaftslebens vorbeugen, wirst du, daß Deutschland, unter Gleichberechtigung aller Volksteile, wieder nach dem furchtbaren, von den Rechtsparteien verschuldeten Zusammenbruch gefunden soll, so wähle nur die demokratische Liste.

4. Welche Liste kommt also für dich in Betracht?

- Wahlkreis Stadt Berlin die Liste Siemens - Sartmann - Frau Baum.
- Wahlkreis Potsdam II die Liste Dernburg - Rusche - Frau Schuß-Knapp.
- Wahlkreis Potsdam I die Liste Pahnke - Kemmers - Liefke.

Eine Sonderbesprechung der Entente-Premiers vor der Spaa-Konferenz.

Nachmalige Vertagung von Spaa?
(Telegramm unseres Korrespondenten)

Rom, 5. Juni.
Nach der „Tribuna“ soll auf Verlangen der spanischen Regierung am 18. Juni eine Besprechung der Minister Spaniens, Frankreichs, Italiens und Belgiens in Brüssel vorausgesetzt sein. Falls nicht, werden der Außenminister Scialoja und der spanische Botschafter ihn vertreten. Leberigen sei eine Vertagung der Konferenz wegen der Wahlen in Deutschland nicht völlig ausgeschlossen. Der Unterstaatssekretär des spanischen Ministeriums, Graf Sforza, ist gestern nach London gereist, um der britischen Regierung den italienischen Standpunkt hinsichtlich der Verteilung der Wiederherstellungsfrage mitzuteilen.

Spaa meldet amtlich: Auf Ersuchen der spanischen Regierung wird der Botschafter am 11. Juni zur Prüfung der Lage in Brüssel in London zusammenzutreten. — Nach der „Daily Express“ hat der Generalsekretär des Botschafterbüros, Sir Eric Drummond, auf den Antrag Spaniens unternehmen Schritt hin den Generalsekretär des Botschafterbüros einberufen, um ihn über den Ausbruch der spanischen Revolution zu unterrichten.

Rücktritt des amerikanischen Staatssekretärs Holt.

Washington, 4. Juni. (Havas.)
Staatssekretär Holt reichte sein Rücktrittsgesuch ein, das von Wilson angenommen wurde.

Eine neue bolschewistische Offensive.

London, 4. Juni. (M. I. B.)
Neuer erzählt: Eine allgemeine bolschewistische Offensive hat zwischen Bripet und Dnjepr begonnen. Die vorgeschobenen polnischen Kräfte wurden zurückgetrieben. Bisher hatten die Bolschewisten keine entscheidenden Erfolge. Nördlich Bripet wurden die Angriffe der roten Truppen zurückgeschlagen.

Dnepropetrowsk, 5. Juni. (M. I. B.)
Nach einem Telegramm aus Mariupol besetzt der Kriegsbereich zwischen der Duna und der oberen Beresina dringen die polnische Heere an verschiedenen Stellen stetig vor. In den westlichen Wäldern wurden abgegriffene bolschewistische Abteilungen gefangen genommen. Am östlichen Dnjepr-Ufer hat der Feind seine Angriffe beim polnischen Brückenkopf Koczczew erneuert. Unter Teilnahme polnischer Panzerzüge und Flugzeuge wurden keine Angriffe mit großen Verlusten an Gefangenen und Nachschubwaggons abgelenkt. In der Ukraine haben die Bolschewisten einen Angriff verlohrt, wurden aber abgelenkt. Bei dieser Gelegenheit eroberten polnische Truppen durch eine kühne Ueberumpfung zwei Panzerzüge, die die Station Kozopol besetzten. Der Chef der polnischen Militärmission, Hauptmann Wisznowski, ist aus Mariupol in Riga eingetroffen und machte folgende Mitteilungen: Die Bolschewisten haben von ihren 63 Divisionen 48 an der polnischen Front zusammengezogen, davon 30 am nördlichen Frontabschnitt, wo es ihnen gelang, Erfolge zu erzielen, weil dort die Polen nur über sehr beschränkte Streitkräfte verfügten. Jetzt ist der Vorstoß der Bolschewisten zum Stehen gebracht, und diese haben begonnen, sich zurückzuziehen. Ihr Plan, die Verbindung zwischen dem polnischen und lettischen Herr zu unterbrechen, ist mißglückt. Ebenso mißlang der Versuch der Bolschewisten, die polnische Front zwischen Dneprow und Kobryn in der Richtung auf Kiew zu durchbrechen. Am Schluß erklärte Hauptmann Wisznowski, daß alle Berichte von einer Raubung Wilnas sowie von einer Zerstörung der Riewa durch die Bolschewisten völlig aus der Luft gegriffen seien.

Unterbrechung der Verhandlungen mit Krasin?

Abrisse Lloyd Georges aus London.
(Telegramme)

London, 4. Juni. (Havas.)
Nach dem Minister ist Lloyd George aus London gereist, ohne Krasin noch gesehen zu haben.

Rom, 5. Juni. (Privat-Telegramm.)
Der Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Graf Sforza, der gestern nach London gereist ist, ist beauftragt, an den Verhandlungen mit Krasin teilzunehmen.

Spaa, 4. Juni. (Privat-Telegramm.)
Ein Brüsseler Blatt meldet, daß Krasin auf einer Fahrt in London eine Million Pfund Sterling deponiert habe.

Nach Nachrichten aus gutunterrichteten Kreisen werden die Vereinigten Staaten auf der Konferenz in London, die zwischen Krasin und den Vertretern des Obersten Wirtschaftsrates stattfinden wird, nicht offiziell vertreten sein.

Die „Times“ erfahren, daß eine für heute anberaumte Sitzung des ständigen Ausschusses des Obersten Wirtschaftsrates unternommen bis Montag aufgeschoben wurde, weil heute eine Kabinettsitzung stattfinden soll. Dementselben Blatt zufolge nimmt Krasin an, daß irgend ein vorhergesehenes Ereignis man die Ursache gewesen sei. Wie die „Times“ weiter berichtet, fand am Donnerstagabend im Unterhaus ein Kabinettsrat statt, bei dem die durch die Regierung eingeschlagene Politik der Unterhandlungen mit Krasin erörtert wurde. Die Sitzung des Obersten Wirtschaftsrates, die am Freitag hätte stattfinden sollen, soll auf Dienstag, 8. Juni, verschoben worden sein.

Der Oberste Wirtschaftsrat wird am Montag wieder zusammenzutreten. Leber die Zusammenkunft mit Krasin wurde noch kein Beschluß gefaßt. In französischen Kreisen weh man noch nicht, ob der Oberste Wirtschaftsrat mit Krasin unterhandeln wird. Neuer erzählt hierzu, daß die nächste Zusammenkunft Krasins mit den Mitgliedern des englischen Kabinetts am 7. Juni stattfinden wird. Hieran wird sich voraussichtlich im Laufe der Woche eine Konferenz mit dem Obersten Wirtschaftsrat anschließen.

Die nationalistische Bewegung in der Türkei.

Paris, 4. Juni. (M. I. B.)
Nach einer Savasmeldung aus Konstantinopel hat die Regierung den Wali von Izazepunt abgesetzt. Mustafa Kemal Pascha jedoch hat ihn im Amt behalten. Der von der Regierung in Konstantinopel ernannte Nachfolger ist von den Nationalisten verhaftet worden.

Ein englisch-irischer Gewerkschaftsstreik.

London, 4. Juni. (M. I. B.)
Die Abendblätter melden: Der politische Sekretär der Eisenbahnervereinigung Thomas hat die Aufsichtsräte in Dublin drücklich aufgefordert, die Arbeit bis nach Beendigung der Konferenz in Bristol am 16. Juni wieder aufzunehmen. Thomas bemerkt weiter: Der Vollzugsausschuß der Eisenbahner habe gestern den Premierminister gesprochen und beschloßen, einen Gewerkschaftsstreik zu berufen, der verschoben sollte, die Aufsichtsräte dem irischen Volk und der Regierung zu überreichen.

Die Demokratie in Bayern.

Dr. C. Hohmann (München),
Mitglied des bayerischen Landtages.

Durch die norddeutsche Presse sind in der letzten Zeit Nachrichten über die bayerischen politischen Verhältnisse im allgemeinen und die bayerischen Demokraten im besonderen gegangen, die nicht immer von richtigen Voraussetzungen ausgehen. Man glaubte vielfach bei dem zeitigen Zusammenhang der bayerischen Vorgänge mit dem Kapp-Putsch, daß der Regierungswechsel in Bayern unter verfassungswidriger direkter Einwirkung des Militärs erfolgt sei. Das ist falsch. Gewiß sprangen auch nach Bayern elektrische Funken über, die in einigen unreifen Köpfen zündeten, aber die verantwortlichen militärischen Führer behielten die Dinge in der Hand. Das ist die Hauptfache. Und für die Uebertragung der vollziehenden Gewalt vom Polizeipräsidenten auf den General Rößl stimmten denn auch neben sämtlichen übrigen Ministern zwei sozialdemokratische Minister, da diese Maßnahme für unruhige Zeiten schon immer vorgezogen war. Nur Herr Hoffmann, der Ministerpräsident, stimmte dagegen und trat vom Präsidium zurück. Er hätte die Pflicht gehabt, in diesem Augenblick zu bleiben. Er hat mit diesem vornehmen Entschluß seine Partei in die Zwangslage gebracht, aus der Regierung auszuschließen. Das zeigt Hoffmanns Mangel an Staatsmännischer Klugheit. Die anderen Parteien wünschten sämtlich, auch die Deutsche nationale, eine Wiederbeteiligung der Sozialdemokratie. Einseitige sozialistische Führer bemühten sich, ihre Partei dafür zu gewinnen. Es gelang ihnen nicht. Der Parteivorstand, Oppositionspartei zu sein, noch vor den Wahlen, schien ihr höher zu stehen. So entstand eine Koalitionsregierung ohne Sozialdemokraten, gebildet aus Zentrum, Bayerischem Bauernbund und Demokraten. Die Demokratische Partei lehnte die Mitbeteiligung der Deutschen nationalen Partei, die vom Zentrum mit aufgenommen werden sollte, entschieden ab wegen der Unbuddigkeit ihres Verhaltens in den Kapp-Zagen und auch aus der Erwägung, daß eine so starke Rechtsorientierung des Kabinetts für die Demokraten nicht wohl erträglich sei.

Sobiel von der Entschlung der Hebergangsregierung wahr. Sie hat so gut wie keinen Koalitionsgeist betätigt, die in ihr herrschende Zentrumspartei drückt rücksichtslos ihren Machtanspruch durch, so daß wiederholt an die Demokraten die Frage ihres Ausscheidens aus der Regierung herantrat. Das Wahlgeld zum Landtag machte das Zentrum nicht mit der Koalitionsregierung, sondern ließ sich hier die Unterstützung der Sozialdemokraten gefallen, die gern die Regierung geliebt hätten.

Nun kam die Wahlbewegung. Und es tauchte plötzlich ein Ordnungsbund an bayerischen Himmel auf, von unbekanntem Leuten gemacht, mit großen Geldmitteln an Untergrund. Dieser Ordnungsbund zeigte kein wahres Gesicht, als die Frage der Auflösung der Einwohnerversammlungen an uns herantrat. Hier trieb er eine ganz unglückliche Hebe gegen die Reichsregierung mit fälschlicher Duldung des Polizeipräsidenten Pöchner, der den Ordnungsbund so liebte, daß er sogar ein aufklärendes Plakat des Bürgerrats München über den Ordnungsbund zurückließ, worüber dann ein Vorstoß der Demokraten erfolgte, der infolge mangelnder Unterstützung seitens des Zentrums nur das erreichte, daß der Ministerpräsident Rahr im Landtage Herrn Pöchner in seine Schranken zurückwies. In der letzten Woche hat eine Rundgebung des Münchener Bürgerrats Aufsehen gemacht, und sie ist als Herkuleische der antizönsalitären Einheitsfront der bürgerlichen Parteien gedeutet worden. Es liegt folgendes vor: der Bürgerrat hat den ihm angehörenden bürgerlichen Parteien seine auch im Programm des Reichsbürgerrats niedergelegten Grundzüge vorgelegt (Ruhe, Ordnung, Privatwirtschaft, Kampf gegen Klaffenstaat, Verbesserung der Klassenverhältnisse, idealistische Weltanschauung und dergleichen) und die Parteien um Stellung zu diesen ersucht. Die Parteien haben diesen Sägen ohne weiteres zustimmen können. Und nun hat der Bürgerrat in einer von den Parteien vorher nicht gekannten Form erklärt, daß die und die politischen Parteien diese Sägen des Bürgerratsprogramms anerkennen und deshalb zur Wahl zu empfehlen seien. Nachdem diese Form der Veröffentlichung, auf die die Parteien keinen Einfluß gehabt haben, in der Tat den Wunsch in eines Wahlbündnisses aller bürgerlichen Parteien erwecken konnte, haben fast alle Parteien öffentlich den wahren Tatbestand festgelegt.

Der Aufmarsch der politischen Parteien in Bayern zeigt einige Verschiedenheiten gegenüber den Verhältnissen im Reich. Zunächst sind Deutsche nationale Partei und Deutsche Volkspartei für Reichs- und Landtagswahlen verbündet. Auf ihren Listen stehen Kandidaten beider Parteien. Sie treten auch in unseren demokratischen Wahlversammlungen immer Schulter an Schulter gegen uns auf. Infolge der starken antimilitarischen Hebe seitens dieser Rechtsparteien ist die Wahlbewegung sehr lebhaft. Die Gegner suchen sich vor allem die demokratischen Versammlungen aus, um sich für zu werden. Sie dürften wenig Glück damit haben. Das bayerische Zentrum nimmt bekanntlich eine besondere Stellung ein, es hat sich von Dr. Heim im Januar vom Reichszentrum „abspalten“ lassen, steht jetzt gegen Reichsregierung und Erberger und glaubt die Verantwortung für die Reichspolitik von sich abwälen zu können. Seine Trennung vom Reichszentrum ist in den katholischen Kreisen nicht gern gesehen worden, und so hat man auf dem jüngsten Parteitag wieder eine Brücke konstruiert, die man im gegebenen Fall über den Graben schlagen kann. Es fragt sich nur, ob Heim will. Er hat ja andere Pläne. Er will im Reichstag eine Protestgruppe aufstellen mit Welfen, heftigsten Rechtsparteilern, christlichen Volksparteilern im Rheinland